

Genehmigt am 2. Mai 2002

Protokoll Nr. 11

Sitzung von Donnerstag, 7. März 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Kurt Hirsbrunner	Lydia Riesen
Michael Aebersold	Stephan Hügli	Heinz Rub
Raymond Anliker	Natalie Imboden	Ursula Rudin-Vonwil
Thomas Balmer	Urs Jaberg	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Daniele Jenni	Doris Schneider
Peter Bernasconi	Michael Jordi	Beat Schori
Dieter Beyeler	German Kalbermatten	Rolf Schuler
Margrith Beyeler	Daniel Kast	Miriam Schwarz
Peter Blaser	Rudolf Keller	Peter Sigerist
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy	Blaise Kropf	Ernst Stauffer
Christine Bosshardt	Andreas Krummen	Michael Straub
Peter Bühler	Peter Künzler	Barbara Streit-Stettler
Michael Burri	Annemarie Lehmann	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Irène Marti Anliker	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Mario Marti	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Corinne Mathieu	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Christian Michel	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Erik Mozsa	Margrit Thomet
Guglielmo Grossi	Barbara Mühlheim	Catherine Weber
Adrian Haas	Philippe Müller	Kurt W. Weyermann
Rolf Häberli	Rosmarie Okle Zimmermann	Beat Zobrist
Ueli Haudenschild	Ruth Rauch	

Entschuldigt:

Esther Kälin Plézer	Christoph Müller	Thomas Weil
Melanie Leskow	Sabine Schärner	Andreas Zysset
Anton Maillard	Rudolph Schweizer	

Vertretung des Gemeinderats:

Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Annina Jegher
Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Stéphanie von Erlach

Traktanden

1.	Protokollgenehmigung (Protokolle Nrn. 2 + 3 vom 24. Januar 2002)	--
2.	Einführung eines Umweltmanagementsystems (UMS) in der Stadtverwaltung: Genehmigung Konzept; Kredit (Zobrist/Olibet)	205
3.	Motion Doris Schneider (GB): (Nachfolge-)Projekte für betreute Tagesferien in der Stadt. Tagesschulen. - Blockunterricht (nun auch im Kindergarten) - Finanzielle Hilfe des Bundes in Aussicht... Die Zeit ist reif für die Einrichtung der Tagesferien! (Olibet)	253
4.	Postulat Corinne Mathieu (SP): Integration der fremdsprachigen Kinder in die Regelschule zum Erwerb der deutschen Sprache(Olibet)	232
5.	Postulat Fraktion CVP/ARP (Daniel Kast, CVP): Sozialarbeit an die Schulen (Olibet)	26
6.	Postulat Fraktion SVP/JSVP (Thomas Fuchs, SVP): Einrichtung einer Lebenspforte in der Stadt Bern als zentrale Aufnahmestelle für das ganze Mittelland (Olibet)	217
7.	Postulat Beat Zobrist (SP): Sparen dank der Pilzkontrolle(Olibet)	224
8.	Interpellation Kurt W. Weyermann (FDP): Lärmschutzmassnahmen Bottigenstrasse: Stopp der unsinnigen Planung (Olibet)	213
9.	Motion Fraktion SVP/JSVP (Beat Schori, SVP): Teilverkauf der stadteigenen Liegenschaften (Frösch)	288
10.	Motion Michael Jordi (GB): Abschaffung der Freileistungen für kommerzielle Veranstalter nach der Abschaffung der Billettsteuer (Frösch)	266
11.	Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Fuchs, SVP): Ruhestörung und Vandalenakte nun auch bei der Villa Zieglerstrasse 9 - Wie lange noch will die Stadt Bern solchen Missbrauch von Zwischennutzungen dulden? (Frösch)	289
12.	Sportanlage Murifeld; Kreditabrechnung (Jordi/Guggisberg)	211
13.	Postulat Ueli Stückelberger (GFL): Für ein Stadion Wankdorf mit grösstem gebäudeinternen Solarkraftwerk Europas!; Prüfungsbericht (Guggisberg)	--
14.	Kleine Anfrage Hans-Ulrich Suter (FDP): Sportplatz Spitalacker (Guggisberg)	16

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 2 und 3 vom 24. Januar 2002 werden mit besten Dank an die Verfasserin und den Verfasser genehmigt.

2 Einführung eines Umweltmanagementsystems (UMS) in der Stadtverwaltung: Genehmigung Konzept; Kredit

Antrag Nr. 205

1. Die Einführung eines Umweltmanagementsystems in der Stadtverwaltung Bern wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Realisierung der Einführung eines Umweltmanagementsystems, umfassend die flächendeckenden Schlüsselemente sowie die Zertifizierung der Stadtgärtnerei Bern und des Schulzahnmedizinischen Dienstes nach ISO 14001, wird ein Kredit von Fr. 863 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 360.589.012.0 bewilligt.
3. Die Motion Fraktionen SP / GB/JA! (Madl Kubik/Sigerist) vom 27. November 1997 wird abgeschrieben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Referent der GPK ist *Beat Zobrist* (SP). Am 11. März 1999 überwies der Stadtrat eine Motion der Fraktionen SP / GB/JA! (Edith Madl Kubik/Peter Sigerist), womit ein Konzept und einen Kreditantrag zur Einführung eines UMS in der ganzen Stadtverwaltung verlangt wird. Die GPK empfiehlt dem Rat einstimmig, dem Kredit zuzustimmen und die beiden Motionen abzuschreiben.

Was ist UMS? Das Umweltmanagementsystem bringt der Stadtverwaltung keine neuen Ideen, sondern Durchführung, Steuerung und Controlling des bestehenden UBAV. Was ist UBAV? Der Gemeinderat hat anfangs 1997 eine Weisung für „Umweltgerechtes Beschaffen und Anwenden von Verbrauchsmaterial“ erlassen: Weisung für umweltgerechten Umgang beim Unterhalt von öffentlichen Grünanlagen, Freiräumen und Verkehrsflächen, beim Fahrzeugunterhalt, im Hochbau, bei der Reinigung von Gebäuden und Textilien sowie beim Einkauf, der Verwendung und Wiederverwertung von Papieren“. Zuständig für den Vollzug sind die Direktionen. Hier besteht ein kleiner Makel: Es existieren keine klaren Zielsetzungen, keine Messkriterien, keine Steuerung und kein Controlling, d.h. wer will, kann mitmachen, wem es nicht passt, lässt es sein. Mit UMS sollen Prozesse direktionsweise gesichtet, festgehalten und analysiert werden. Vorgaben und Zielsetzungen werden vom Projektteam gemeinsam mit den Direktionsverantwortlichen ausgehandelt. Sie können auch langfristig, über mehrere Jahre hinaus, festgelegt werden. Das UMS wird zu einem Teil der NSB-Produkte. Einmal pro Jahr wird gesamtstädtisch ein Überblick über die Ergebnisse vorgelegt. UMS hilft somit der Stadtverwaltung, sich ihrer Umweltauswirkungen bewusst zu werden, sie transparent zu machen, Verbesserungspotentiale aufzuzeigen und Verbesserungsmöglichkeiten zu realisieren.

Offenbar zahlt sich ein Umweltmanagement aus. Im Rahmen einer Studie der Hochschule St.Gallen wurden 158 ISO 14001 zertifizierte Schweizer Unternehmungen befragt. Es zeigte sich, dass die Rückzahlungsdauer der Investitionen für UMS im Mittel 1,7 Jahre beträgt. Wie

und wo kann eingespart werden? Mit Sortimentsstraffung, tieferem Stromverbrauch, tieferem Wasserverbrauch, rationelleren Betriebsabläufen, Optimierung der Transporte, nachfüllbaren Materialien, Ersetzen von chemischen Behandlungsmitteln, weniger Sonderabfällen. Es gibt viele Gemeinden und Firmen, die regelmässig einen Ökobericht veröffentlichen, z.B. die Gemeinden Ittigen und Zürich, die Unternehmungen Crédit Suisse, UBS, SBB, Chrysler-Daimler, Flughafen Frankfurt.

Für das UMS in der Stadtverwaltung wird ein Kredit von Fr. 863 000.00 verlangt. Externer Aufwand: Fr. 423 000. 00, interne Kosten: Fr. 440 000.00. Die Zertifizierung der beiden vorgesehenen Abteilungen Stadtgärtnerei und Schulzahnmedizinischer Dienst ist nur durch eine externe Stelle möglich (Fr. 113 000.00). Der Schulzahnmedizinische Dienst wurde gewählt, weil es sich dabei um eine kleine motivierte Abteilung handelt. Für einen grossen Betrieb wäre die Zertifizierung viel teurer. Die Eigenleistungen für die Einführung betragen 2,6 Personajahre: Aufwand und Einführungsschulung aller Mitarbeitenden = 10 Stunden/Person. Die Projektleitung wird dem AfUL angegliedert (50%). Das Projektteam besteht aus 5 X 5%, total 75%. Jede Direktion wird einen Umweltbeauftragten oder eine Umweltbeauftragte mit 10% beschäftigen, im AfUL bleiben 50%. Das Ganze soll ohne Personalaufstockung durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde in der GPK über die Energiefachstelle HSE gesprochen, die offenbar über Ressourcen verfügt. Es wäre deshalb wünschbar, diese Stelle von der HSE zum AfUL bei der Direktion BUI zu verschieben. Dieses Geschäft soll Einsparungen auf andern Konti zur Folge haben. Die Direktion BUI ist bereit, diese Einsparungen dem Stadtrat transparent aufzuzeigen. Das UMS kann gut in die Anforderungen von NSB und seinen Produktgruppen integriert werden. UMS bedeutet Imageförderung und Stärkung für die Stadtverwaltung und für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Bern.

Fraktionserklärungen

Peter Sigerist (GB) begründet den Antrag der Fraktion GB/JA!/GPB zum Beschlussesentwurf:

Ziff.2 neu: Der Stadtrat wird jährlich über die Entwicklung des UMS in geeigneter Weise informiert.

Von der Rio-Umweltkonferenz 1992 bis zur Kyoto-Umweltkonferenz 1997 war auf Stufe Regierungen eine grosse, positive Dynamik im Bereich der Umweltpolitik feststellbar. Seit jedoch in den USA Präsident Bush an der Macht ist, ist im Bereich Umweltpolitik nicht mehr alles gut aufgegleist. Dass der grösste CO₂-Emittent der Welt aus den Verbindlichkeiten des Kyoto-Prozesses ausgestiegen ist, ist in allen Ländern zu spüren. Mit der lokalen Agenda 21 ist ein Konzept entwickelt worden, womit auch kleine Schritte auf Stufe Bürgerinnen/Bürger und Stufe Gemeinden durchaus zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen können. Damit können jedoch die von den Regierungen eingeleiteten Rückschritte nicht wettgemacht werden. Wir sollten aber nicht resignieren, denn wenn sich unten weiterhin viel bewegt, kann sich dies auf die oberen Entscheide auswirken. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass diese kleinen Schritte noch kein grosser Schritt vorwärts zur Verbesserung der Umweltsituation bedeuten. Der vorliegende Vorschlag des Gemeinderats ist nicht nur ein kleiner Schritt, sondern ein Kürzestschritt, der im Schneckentempo eingeleitet wird. Bereits im Februar 1997 hat Peter Sigerist eine Interpellation eingereicht und implizit ein UMS gefordert. Damals hat der Gemeinderat sehr ausweichend geantwortet, was zu den erwähnten Motionen führte, die der Gemeinderat nur als Postulat entgegennehmen wollte. Die Hartnäckigkeit des Stadtrats hat sich jedoch gelohnt, denn im vorliegenden Kreditvortrag sind fast alle Argumente der Motionen enthalten. In der konkreten Umsetzung bleibt der Gemeinderat jedoch sehr zurückhaltend. Vorläufig sollen nur zwei Bereiche ISO-zertifiziert werden. Die Testphase soll drei Jahre dauern und eine mindestens einjährige Aufbauphase zur Folge haben. Hier ist jedoch eine schnellere Gangart nötig.

Peter Sigerist kritisiert weiter das fehlende Gewicht, das auf der strategischen Ebene zugeordnet werde. Ohne Implementierung auf der strategischen Ebene ist UMS erfahrungsgemäss nur halb so wirksam. Deshalb verlangt unsere Fraktion eine jährliche Information. Der Stadtrat soll prüfen können, wie der Prozess beschleunigt und wie UMS auf andere Bereiche ausgeweitet werden kann. Im Vortrag nicht erwähnt wird die Bedeutung der UMS-Kenntnisse im Rahmen der beruflichen Grundbildung und Weiterbildung. Dies sollte nachgeholt werden. Dank der Hartnäckigkeit konnten wir etwas erreichen. Wir möchten jedoch mehr, d.h. es müssen rasch Ausbauschritte erfolgen. Es braucht den Einbezug der strategischen Ebene. Falls der Rat unserem Antrag zustimmt, können wir einer Abschreibung der Motion zustimmen.

Hans Peter Aeberhard lehnt den Kredit zur Einführung eines UMS im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion ab. Bekämen wir für die 863 000 Franken tatsächlich das, was wir gerne hätten? Von diesem Geld wären nur flächendeckende Schlüsselemente betroffen und profitierten nur zwei städtische Abteilungen. Das Schicksal des SZMD ist nicht klar und die Stadtgärtnerei hält die Umweltvorschriften bereits ein. Es werden Folgekosten entstehen und Zertifizierungen weiterer Abteilungen erfolgen. Wir sind der Meinung, dass sich dies die Stadt Bern in Anbetracht ihrer finanziellen Lage nicht leisten kann. Die Studie aus St.Gallen hat wohl Erhebungen bei 158 Schweizer Betrieben, jedoch bei keinen öffentlichen Verwaltungen vorgenommen. Diese 158 Betriebe betreffen 20 Betriebe der Elektrotechnik, 17 sonstige Dienstleistungen und vor allem Produktionsbetriebe. Eine wissenschaftliche Relevanz ist somit nicht vorhanden. Im Bericht steht u.a. auch: „Es erweist sich als ausgesprochen schwierig und problematisch, den unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Nutzen von UMS zu beziffern. Nur eine kleine Minderheit von 6% der Befragten kann diesen Nutzen überhaupt beziffern, während 47% keine Angaben machen können oder wollen. Weitere 47% der Befragten nehmen eine Schätzung vor, deren Exaktheit von den Befragten jedoch vielfach in Frage gestellt wird. Mehrere Befragte geben an, dass die Nutzen monetär schlicht nicht erfassbar sind. Die Nutzen, die aus ökologisch bewusster Unternehmensführung und einem UMS gezogen werden können, sind zwar schwer zu beziffern, nach unserer Schätzung sind sie jedoch um ein Mehrfaches grösser als Aufbau und Betriebskosten.“ Umweltschutz ist auch für uns wichtig. Es fragt sich nur, wie teuer soll er sein und kann ihn sich die Stadt leisten? Weshalb wird nicht aufgezeigt, was das UMS in Ittigen gebracht hat?

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Ursula Rudin-Vonwil* (GFL). Wir sind froh, dass dieser Kreditantrag nun vorliegt, denn so können Worten Taten folgen. Wir werden dem Kredit zustimmen. Wir sind stolz, dass der Gemeinderat der Stadt Bern bereit ist, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und diesen wichtigen Schritt Richtung Ökostadt, sprich Wohnstadt Bern, zu tun. Auch wenn mit dem UMS in der Stadt Bern noch kein Klimaschock verursacht wird, werden sich doch viele Leute mit dem ökologischen Verhalten auseinandersetzen. Das Konzept liest sich recht kompliziert. Wir finden es sinnvoll und vernünftig, dass nicht in allen Ämtern und Bereichen der gleiche Aufwand betrieben wird. Die Idee, dass jedoch in der ganzen Stadtverwaltung mindestens eine Minimallösung mit flächendeckenden Schlüsselementen eingeführt werden soll, ist richtig. Ein vorbildliches Eigenverhalten am Arbeitsplatz soll gefördert werden. Aus dem Konzept geht nicht klar hervor, wie die Mitarbeitenden geschult, informiert und motiviert werden sollen. Ist es möglich und sinnvoll, die Schlüsselemente des UMS flächendeckend einzuführen? Besitzen die Beraterinnen/Berater die nötige Kapazität? Sollten auch dafür Piloteinheiten ausgewählt werden? Wir nehmen an, dass bei der Stadt Zürich entsprechende Auskünfte eingeholt wurden. Der Gemeinderat erwähnt, der interne Aufwand für die Betroffenen sei nicht unerheblich. Wir haben grösste Bedenken, dass die im Konzept vorgesehenen 10 Stellenprozente pro Direktion ausreichen. Wir denken vor allem an die Direktion HSE mit sechs Projekten. Es können wohl externe Experten/Expertinnen beigezogen werden.

Sie brauchen jedoch auch Ansprechpartner/-partnerinnen. Wir bitten den Gemeinderat dringend, dies nochmals zu prüfen, denn es ist wichtig, dass die internen Verantwortlichen für die Arbeit mit dem UMS genügend Zeit zur Verfügung erhalten und anderweitig entlastet werden. Die Mitarbeitenden dürfen nicht überfordert werden. Unsere Fraktion wird sich via GPK erkundigen, ob die Umweltverantwortlichen zeitlich nicht überlastet werden. Die Ämterzuteilung ist uns nicht ganz klar. Weshalb ist das SIB ein A-Typ und das SPA ein B-Typ? Könnte die vom Tiefbauamt und vom Hochbauamt angestrebte Zertifizierung 14001 an der Finanzierung scheitern? Unsere Fraktion fordert mindestens alle zwei Jahre eine Berichterstattung. Die Stadt kann und soll sich stolz und verantwortungsbewusst als Ökostadt präsentieren. Je öfter dies geschieht, umso mehr wird dies von der Bevölkerung registriert. Falls der Rat dem Antrag der Fraktion GB/JA!/GPB zum Beschlussesentwurf zustimmt, können wir uns mit der Abschreibung unserer Motion einverstanden erklären.

Michael Aebersold für die Fraktion SP/JUSO: Es gibt keinen Umweltschutz zum Nulltarif. Die 863 000 Franken bedeuten eine Investition in die Zukunft, die sich mittel- bis langfristig auszahlt. Die Hälfte der Kosten betreffen den internen Aufwand und von der andern Hälfte sind rund drei Viertel für die flächendeckende Einführung nötig. Es ist nur bedingt richtig, dass der Nutzen eines UMS nicht ausgewiesen werden kann. Wir unterstützen die Einführung von UMS und stimmen der Vorlage und dem Antrag der Fraktion GB/JA!/GPB zu. Der Bericht des Gemeinderats ist als Bestandesaufnahme sehr nützlich. Das UMS hilft Kosten sparen. Der Gemeinderat schlägt ein pragmatisches Vorgehen und eine Einführung von UMS vor, die personell und finanziell tragbar ist. Für uns sind folgende Punkte besonders wichtig: „UMS ist Chef-sache“, d.h. Sache des Gemeinderats als Gesamtgremium und Sache der Geschäftsleitung der Direktionen, welche die strategischen Entscheide beeinflussen sollen. Die Vorreiterrolle darf nicht unterschätzt werden: Modernes Bild für eine Stadt, Innovation. Im Bericht wird leider der Imagenutzen für die Polizei nicht anerkannt. UMS darf nicht freiwillig sein, d.h. es darf ihm nicht interner Widerstand entgegengesetzt, sondern es muss vorgeschrieben werden. Die Leute müssen jedoch davon überzeugt werden, dass UMS etwas bringt. UMS bedeutet nicht, nur das gesetzliche Minimum zu erfüllen, d.h. Grenzwerte knapp einzuhalten, sondern es sollte ein Ziel von UMS sein, Grenzwerte zu unterschreiten. Es braucht deshalb einen klaren politischen Willen. Deshalb ist uns auch die jährliche Berichterstattung wichtig. Wir bitten den Gemeinderat auch, langfristig gültige, verbindliche Weisungen zu erlassen. Es ist für uns auch klar, dass UMS mit NSB abgestimmt werden muss. Das Anliegen wurde bereits in die Reformkommission eingebracht. Überall wo möglich braucht es für den Bereich UMS relevante Kennzahlen. Wir stimmen der Einführung von UMS bei den beiden Verwaltungsabteilungen SGB und SZMD als erstem Schritt zu, damit Erfahrungen gesammelt werden können. Es ist für uns jedoch klar, dass in der Reifungsphase weitere Zertifizierungen vorgenommen und Prioritäten gesetzt werden müssen (Abteilungen, bei denen die Auswirkungen auf die Umwelt relevant sind). Die gleichen Vorgaben müssen auch bei Auslagerungen gelten. Im SWB-Reglement wird in Artikel 6 klar vorgeschrieben: „Sie betreibt ein umfassendes Umweltmanagement.“

Rudolf Friedli (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Unsere Fraktion unterstützt die Einführung von UMS mehrheitlich, jedoch nicht mit viel Begeisterung, da wir etwas Gutes für die Umwelt tun möchten und weil sich daraus in nicht allzu ferner Zukunft ein finanzieller Nutzen ergeben sollte. Wir begrüssen es auch, wenn mit dem UMS etwas für das Image der Stadt Bern getan werden kann. Aufwand für die Einführung des UMS sollte unserer Meinung nach so wenig wie möglich, jedoch soviel wie nötig betrieben werden. Zuviel können wir uns nicht leisten, zu wenig Aufwand heisst jedoch, dass die erwähnten Ziele verfehlt werden. Wir finden es deshalb richtig, dass die SGB und der SZMD zertifiziert werden, damit die Stadtverwaltung Erfah-

rungen sammeln kann, um in der restlichen Stadtverwaltung ebenfalls die gesteckten Ziele erreichen zu können, jedoch ohne kostspielige Zertifizierung. Wir lehnen es aus finanziellen Gründen ab, dass später noch andere ISO-Zertifizierungen durchgeführt werden. Nach dem Aufbau muss das UMS immer wieder kontrolliert und korrigiert werden, damit die ganze Sache nicht versandet. Sollte es sich zeigen, dass das UMS über Jahre hinweg mehr kostet, als es letztlich bringt, müsste die Angelegenheit neu überprüft werden – nötigenfalls mittels Vorstoss. Dass UMS Bestandteil der Agenda 21 ist, war für uns nicht massgebend, denn wir sind gegen die Agenda 21. Wir finden es nicht nötig, jedes Jahr einen Bericht vorzulegen und lehnen deshalb den Antrag GB/JA!/GPB ab.

Direktorin BUI *Edith Olibet* dankt dem GPK-Sprecher für seine Ausführungen. Sie hält fest, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Sie zitiert in diesem Zusammenhang eine inzwischen emeritierte Professorin für Makroökonomie und angewandte empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich: „Nur ökologisches Verhalten ist ökonomisch effizient.“ Sie schreibt auch, es sei eine wirtschaftliche Dummheit, wenn man sich nicht auch ökologisch verantwortungsbewusst verhalte. Massnahmen, die zur Trennung von Schmutz- und Brauchwasser z.B. im Weyermannhaus, getroffen worden sind, haben bei den Wasserkosten zu Einsparungen von rund 300 000 Franken jährlich geführt. – Weshalb sind diese beiden Abteilungen gewählt worden? SIB, GWB, EWB und TAB sind sehr umweltrelevante Betriebe und möchten sich auch zertifizieren lassen. In diesen Betrieben finden jedoch Reorganisations statt. Deshalb wurden zwei andere umweltrelevante Betriebe ausgewählt. – Peter Sigerist hält Gemeinderätin Olibet entgegen, eine Schweizer Firma, die etwas auf sich halte, rechne durchaus. Als Beispiel nennt sie das Umweltmanagement der APG. Umweltbewusstsein ist unabhängig von der politischen Ausrichtung, denn letztendlich trägt jede/jeder Einzelne zur Umweltverschmutzung bei und trägt die Folgen der durch andere verschmutzten Umwelt mit. Es stimmt, dass die Stadt Bern mit der Einführung von UMS nur kleine Schritte macht, jedoch auch grosse Schritte nötig sind. Wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Dass es langsam vor sich geht hat mit den vorhandenen Ressourcen zu tun. – Das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle muss dafür besorgt sein, dass etwas geht. Gemeinderätin Olibet kann dem Antrag GB/JA!/GPB zustimmen, da ohnehin dem Gemeinderat Bericht erstattet werden müsse. – Im Konzept wird die Weiterbildung auf Seite 11 erwähnt. Es ist wiederum am AfUL die Umweltschutzbeauftragten richtig auszubilden. – Die Investitionen lohnen sich wie die Erfahrungen von CS, Siemens, Sulzer, Kuoni, Universität St.Gallen, Gemeinde Ittigen, einzelner Bundesämter usw. zeigen. Die Stadt Bern ist nicht nur eine „Verwaltung“, sondern ihr gehören auch „Produktionsbetriebe“ (SGB, HAB usw.) an. – Der FDP-Fraktion entgegnet Gemeinderätin Olibet, UMS sei Teil des umweltfreundlichen ökologischen Verhaltens der Stadt Bern. – Ursula Rudin-Vonwil erklärt sie, es sei ein finanziell verkraftbares Modell gewählt worden. Eine Zertifizierung kostet etwas, und es braucht eine Kosten/Nutzen-Rechnung. Planungen können bezüglich Umweltbelastung zentral gesteuert werden und die meisten Planungen werden dem Stadtrat unterbreitet. – Gemeinderätin Olibet bestätigt, dass UMS auch Sache des Gesamtgemeinderats sei. Es wird allgemeingültige Vorschriften und solche geben, die auf einzelne Abteilungen abgestimmt sind. UMS wird mit NSB abgestimmt werden. – Die Direktorin BUI ist froh, dass auch die Fraktion SVP/JSVP UMS grundsätzlich bejaht. Sie teilt die Meinung, dass der Aufwand für UMS so gering wie möglich, jedoch so gross wie nötig sein soll. Wir wollen mit den Ressourcen sorgfältig umgehen und aus den Erfahrungen der zwei Betriebe lernen und wenn nötig Korrekturen vornehmen. Der Steuerungsausschuss soll feststellen, wo Steuerungsbedarf besteht. Der Rat möge der Vorlage zustimmen.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt dem Antrag Fraktion GB/JA!/GPB einstimmig zu.
2. Mit dieser Änderung stimmt der Rat der Vorlage und dem Kredit mit 50 : 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

3 Motion Doris Schneider (GB): (Nachfolge-)Projekte für betreute Tagesferien in der Stadt. Tagesschulen-Blockunterricht (nun auch im Kindergarten) – Finanzielle Hilfe des Bundes in Aussicht. Die Zeit ist reif für die Einrichtung des Tagesferien!

Antrag Nr. 253

Die Parlamentarische Initiative "Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze" (Jacqueline Fehr (SP)*, hat in der letzten Session im Nationalrat überraschend deutliche Zustimmung gefunden. Mit grossem Mehr beschloss der Rat, ein befristetes Impulsprogramm aufzustellen, das den Gemeinden bei der Einrichtung von familienergänzenden Betreuungsplätzen (Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen, Tagesstätte, Tagesferien...) finanziell unter die Arme greift.

**"Der Bund wird während 10 Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden gesetzlichen Grundlage... jährlich maximal 100 Mio Franken beisteuern". Nach der Gründung entsprechender Einrichtungen oder Betreuungsverhältnisse unterstützt der Bund die Plätze während höchstens 2 Jahren.*

Die Stadt Bern hat von 1992-1999 für zahlreiche Schulkinder und zur Entlastung vieler Mütter und Väter betreute Tagesferien angeboten. Dank dem Erwerbslosenprojekt (FEK) (hauptsächlich mit Bundesgeldern finanziert), konnten mit den "Berner Ferien-Tageslagern"(FEK) in diesem Bereich sowohl pädagogisch, personell und räumlich über Jahre Erfahrungen gesammelt werden.

Das Berner Ferien-Tageslager hat vielen Müttern und Vätern ermöglicht, beruhigt und im Wissen um das Aufgehobensein ihrer Kinder, konzentriert ihrer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Die Zeiten haben sich geändert. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Die "Berner Ferien-Tageslager" sind als Erwerbslosenprojekte gestrichen. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach betreuten Tagesferien besteht aber mehr denn je.

Die Infrastruktur der Stadt und das Know-how für betreute Ferienplätze ist noch vorhanden. Die Stadt kann in diesen Bereichen auf Erprobtes zurückgreifen! Der Bund ist bereit, wie oben ausgeführt, neue Gemeindeprojekte zu unterstützen. Die Zeit drängt. Die Chance sollte nicht verpasst werden.

Auch die Wirtschaft zeigt sich – da sie vermehrt qualifizierte weibliche Arbeitskräfte braucht – bereit, eine familienbegleitende Infrastruktur mitzutragen.

Ich bitte den Gemeinderat,

die Organisation für das Nachfolgeprojekt der "Berner Ferien-Tageslager" so schnell wie möglich an die Hand zu nehmen.

- Gespräche und Verhandlungen mit interessierten Unternehmer(Innen) führen (Standortvorteile mit familienbegleiteter Infrastruktur hervorheben)
- Verhandlungen mit den Aussengemeinden aufnehmen und deren (finanzielle, infrastrukturelle) Unterstützung festhalten.
- Sich beim Bund zu informieren, ab wann Gesuche eingereicht werden können und wie die Bedingungen dafür aussehen.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- mittels Projektleitung eine Projektorganisation für das Projekt betreute Tagesferien in der Stadt auf die Beine zu stellen
- für das Projekt verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten abzuklären und konkrete Modelle auszuarbeiten
- dem Stadtrat so schnell wie möglich eine Vorlage zu präsentieren, die die entsprechenden Ergebnisse enthält
- ein darauf basierendes städtisches Konzept und Finanzvorlage für betreute Tagesferien vorzulegen.

Bern, 26. April 2001

Antwort des Gemeinderats

Das Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern in der Stadt Bern umfasst Tagesstätten für Kinder im Vorschul- und Schulalter, Tagesschulen, Kinderhorte, Aufgabenhilfe, Tageseltern, Pflegefamilien, Spielgruppen und Mittagstische. Daneben wird eine breite Palette von Angeboten für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung während den Ferienzeiten geführt, zum Beispiel die Ferienlager und die Ferienstadt Monbijoupark. Laut Legislaturrichtlinien ist ein bedarfsorientierter, jährlicher Ausbau der vorhandenen Angebote vorgesehen.

Dennoch bestehen Lücken. Der Gemeinderat ist sich der Schwierigkeiten bewusst, die insbesondere Familien mit Kindern in Tagesschulbetrieben und in Kinderhorten haben, weil die Betreuung während den Ferienzeiten ausfällt. Er geht mit der Motionärin einig, dass die Realisierung der Ferienbetreuung durch die Gemeinde in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunternehmungen der Stadt Bern verwirklicht werden muss.

Die Realisierung der Parlamentarischen Initiative auf Bundesebene betreffend ‚Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze‘ (Fehr 00.403) wird erst nach der Ausarbeitung eines entsprechenden Antrags durch die vorberatende Kommission und dessen Annahme durch den Nationalrat und den Ständerat erfolgen können. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit an zuständiger Stelle vorstellig werden, um eine finanzielle Unterstützung für die Angebote zu erwirken, will indessen rasch eine Ferienbetreuung im Sinne von Tagesferien organisieren.

Die Idee einer regionalen Lösung gemeinsam mit umliegenden Gemeinden wird aufgenommen und weiterverfolgt. Die langen Wege, die es bis dahin zu beschreiten gilt, sollen jedoch nicht die Entwicklung des städtischen Angebots hindern. Die Betreuungsangebote der Stadt sind nicht ohne weiteres mit jenen anderer Gemeinden vergleichbar. Die familienergänzenden Betreuungsangebote der Stadt Bern stehen in der Regel nur Kindern von Familien mit Wohnsitz in der Gemeinde Bern offen.

Die Direktion für Bildung, Umwelt und Integration ist in Verbindung mit der Direktion für Soziale Sicherheit bereits daran, ein Konzept für ein Angebot an Ferienbetreuung von Kindern in der Stadt Bern zu erarbeiten. Es wird eine Finanzvorlage ausgearbeitet und es besteht die Idee, für die Umsetzung der betreuten Tagesferien in der Stadt Bern eine externe Projektleitung einzusetzen, der die gesamte Koordination und Organisation der Betreuung in Verbindung mit den bereits bestehenden Angeboten obliegt. Bei vier quartierbezogenen Standorten und der Annahme von 60 Betreuungsplätzen während neun Ferienwochen (ohne Winterferien, Sportwoche, letzte Woche Sommerferien) ist mit geschätzten Bruttokosten in der Höhe von Fr. 250 000.00 zu rechnen.

In Bezug auf die Finanzierung des Projekts werden die Ergebnisse der von der Direktion für Soziale Sicherheit bereits initiierten Verhandlungen mit Vertretungen der Berner Wirtschaft betreffend Mitfinanzierung der familienergänzenden Tagesbetreuung von zentraler Bedeutung sein. Grundsätzlich ist die familienergänzende und -unterstützende Betreuung von Kindern

eine öffentliche Aufgabe. Ergänzend wird angestrebt, weitere Trägerschaften einzubinden und die öffentliche Hand bei dieser Dienstleistung zu unterstützen. Dazu zählen insbesondere Wirtschaftsunternehmen, die ein persönliches Interesse an diesem zusätzlichen Angebot haben. Mit einer umfassenden Betreuung der Kinder haben deren Eltern mehr Freiräume und können so als motivierte Arbeitskräfte gewonnen werden. Zudem ist auch von den Eltern ein angemessener Beitrag beizusteuern.

Dem Stadtrat soll so bald als möglich eine entsprechende Vorlage mit Finanzierungsplan unterbreitet werden, so dass bestehende Lücken bei der Ferienbetreuung von Schulkindern geschlossen werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Doris Schneider (GB) ergänzt die Motion. Auch die Arbeitgeberorganisation mit Präsident Triponez hat sich für die Schaffung neuer familienergänzender Betreuungsplätze ausgesprochen. Auf nationaler Ebene hat sich für dieses Anliegen eine Mehrheit gefunden. Aus der Antwort des Gemeinderats geht hervor, dass er *rasch eine Ferienbetreuung im Sinne von Tagesferien organisieren will*. Tagesferien beinhalten, dass Schulkinder an mehreren oder allen Ferientagen in Bern, wenn möglich im eigenen Quartier, bleiben und am Abend wieder zurück in ihre Familien gehen können. Die Kinder verbringen ihre Freizeit somit in ihrer vertrauten Umgebung. Die traditionellen Ferienlager werden ausserhalb der Stadt durchgeführt und dauern zwei bis drei Wochen. Die Kinder werden „evakuiert“. Betreute Tagesferien bedeuten für Eltern von Tagesschulkindern, dass auch das Problem mit den Ferien gelöst werden kann und dass sie auch während der Schulferien in Ruhe ihre Erwerbstätigkeit ausüben können. Schulkinder in den Ferien begleiten bedeutet Präventionsarbeit. Schulferien in der Stadt, die tageweise bezogen oder durchgehend in Anspruch genommen werden können, gehören zum Grundangebot der Tagesbetreuung. Sie sind zeitgemäss und entsprechen den Ansprüchen von Teil- oder Vollzeit berufstätigen Müttern und Vätern. Sie sind heute eine gesellschaftliche Notwendigkeit, entlasten auch ganz normale Familien und sind eine wertvolle Ergänzung zum Familienleben. Ein solches Angebot macht die Stadt attraktiv und familienfreundlich sowie frauen- und kinderfreundlich. Doris Schneider freut sich, dass der Gemeinderat die Motion erheblich zu erklären empfiehlt. Wenn sich der Stadtrat auch bereit erklären kann, für die Schulkinder, die Mütter und Väter etwas Neues auf die Beine zu stellen, das ein schweizerisches Novum ist, zeigt er gute Einsicht in die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung und manifestiert, dass eine familienunterstützende Betreuung von Schulkindern als wichtige öffentliche Aufgabe erkannt worden ist. Mit einer Zustimmung nutzt er auch den guten Moment, indem die Gemeinde mit einem zukunftsweisenden neuen Projekt vom Bund für die familienexterne Kinderbetreuung Gelder holen kann. Ergebnisse von Diplomarbeiten der Berner Hochschulen HSA und BFF sind noch aktuell, d.h. es kann darauf zurückgegriffen werden. Der Bedürfnisnachweis nach betreuten Tagesferien ist vor drei Jahren klar erbracht worden. Weshalb die Einschränkung von 13 auf 9 Ferienwochen? Trifft sie nicht gerade diejenigen erwerbstätigen Mütter (Kassenfrauen in den Migrosfilialen, Verkäuferinnen), die ihre Ferien oft nicht selber bestimmen können? Der Rat möge die Motion überweisen.

Fraktionserklärungen

Barbara Streit (EVP) unterstützt die Motion im Namen der Fraktion GFL/EVP. Damit kann eine wichtige Lücke in der familienergänzenden Kinderbetreuung geschlossen werden. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich der Gemeinderat bereit erklärt, neue Aufgaben in Angriff zu

nehmen, obschon sich die Suche nach Geld für ein solches Projekt kompliziert und aufwendig gestalten wird. Wir finden, dass die geschätzten 250 000 Franken gut investiert werden und wenn sie effizient eingesetzt werden, mehr als 60 Kindern zugute kommen können. Die allermeisten Kinder, welche dieses Angebot in Anspruch nehmen, müssen nur in einem Teil der Schulferien betreut werden, da sie einen Teil der Ferien auch mit ihren Eltern, bei Freunden oder Verwandten verbringen oder einen Kurs im Fäher besuchen können. Es ist deshalb wichtig, dass das Angebot modulartig und flexibel gestaltet wird. Wir finden es gut, dass die Ferienbetreuung in der Wohnumgebung der Kinder stattfinden soll. So können auch kleinere Kinder den Weg selbständig zurücklegen. Ausserdem besteht in der vertrauten Umgebung kaum die Gefahr von „Längizyti“ wie in Ferienlagern. Die Tagesschulen, die während der Ferien leerstehen, könnten für dieses Angebot genutzt werden. Wir glauben, dass durch dieses Angebot auch Plätze in Tagesheimen frei werden. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat das Angebot der betreuten Tagesferien rasch anpacken will.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Kurt Hirsbrunner* (SVP). Wir finden das Anliegen der Motion sinnvoll. Es soll jedoch geschätzungsweise 250 000 Franken kosten. Es müssen verschiedene Trägerschaften eingebunden werden. Sollte die Berner Wirtschaft ein Interesse an dieser Einrichtung zeigen, sollte geprüft werden, ob genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können, damit das Anliegen umgesetzt werden kann. Die Stadt Bern kann bei der Umsetzung ihr Know-how zur Verfügung stellen. Unsere Fraktion kann einer Motion nicht zustimmen. Für den Fall, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Daniel Kast (CVP) unterstützt die Motion im Namen der Fraktion CVP/ARP: Insbesondere für Alleinerziehende ist es sehr schwierig, die Betreuung der Kinder in den Schulferien zu organisieren. Es ist für die Kinder schlimm, wenn sie in den Schulferien sich selber überlassen werden. Die CVP als Familienpartei ist bereit, für eine Ferienbetreuung Geld zu sprechen. Das vom Gemeinderat skizzierte Projekt kann jedoch nicht begeistern. Wir schlagen vor, dass 90 Kinder während 6 Wochen betreut werden – anstatt 60 Kinder während 9 Wochen. Wir finden auch, dass die Kinder nicht auch noch während 9 Ferienwochen in den Schulhäusern betreut werden sollten. Die Schulferien dauern 13 Wochen. Die Eltern können in der Regel 4 Wochen Ferien beziehen. Dazu kämen die 6 Wochen Ferienbetreuung. Es sollte möglich sein, dass die Eltern für die restlichen 4 Wochen etwas organisieren können, z.B. mit andern Familien abtauschen, Ferien bei Paten oder in Ferienlagern usw. Wir fordern den Gemeinderat auf, das Projekt auf 6 Wochen zu reduzieren und vor allem Alleinerziehenden zugute kommen zu lassen.

Beat Zobrist (SP) freut sich, dass der Gemeinderat die Motion zur Annahme empfiehlt. Die Fraktion SP/JUSO wird ihr selbstverständlich zustimmen. Es ist nicht allen Eltern möglich, gute Ferienlösungen zu finden. Es ist deshalb gut, dass der Gemeinderat ein Angebot mit Kontinuität bereitstellen will. Es ist wichtig, dass die Kinder auch in den Schulferien eine Tagesstruktur haben, dass sie beschäftigt sind, damit Fehlentwicklungen vermieden werden können. Unsere Fraktion hat es sehr bedauert, dass das Berner Ferienlager 1999 geschlossen worden ist. Was meint der Gemeinderat mit „sobald als möglich“? Es gibt Begleiterscheinerungen, die das Projekt verzögern könnten. Die Bundesgelder z.B. sind noch nicht gesprochen. Auch eine finanzielle Beteiligung der Berner Wirtschaft sollte nicht abgewartet werden. Wir bitten den Gemeinderat, das Projekt für die kantonale Lastenverteilung anzumelden. In der BZ hiess es, die Direktorin BUI habe gesagt, für dieses Projekt seien nicht teure Fachleute nötig. An Wie ausgebildete Personen denkt Sie? Die Kinder sollten auch in den Ferien qualitativ gut betreut werden. Es gibt nichts Anspruchsvolleres, als Kinder in den Ferien wäh-

rend mehrerer Wochen zu betreuen. Nicht ausgebildete Leute könnten unserer Meinung nach nur als Ergänzung der pädagogisch ausgebildeten Personen zugezogen werden.

Stephan Hügli für die FDP-Fraktion: Wir finden das Anliegen positiv. Wir können jedoch nicht immer verlangen, dass gespart wird und gleichzeitig neue Angebote schaffen. Es wäre sinnvoll, auf das Bundesprogramm zu warten, Folgekosten werden jedoch trotzdem anfallen. Die FDP Schweiz hat die familienexterne Kinderbetreuung ins Parteiprogramm aufgenommen. Wir haben heute Stimmfreigabe beschlossen. Ein Postulat bekäme mehr Stimmen als eine Motion. Ein Bedürfnis nach solchen Ferienplätzen besteht. Die Frage, wieweit die Selbstverantwortung der Eltern gehen soll, darf jedoch gestellt werden. Auch *Stephan Hügli* findet, es sollte möglich sein, die Kinder in den Ferien zum Teil von Verwandten oder Nachbarn betreuen zu lassen. Auch er habe viele Ferien bei Nachbarn verbracht. Werden die Ferien von den Kindern auch als solche wahrgenommen, wenn sie in den Schulen verbracht werden müssen? Der Gemeinderat strebt einen hohen Kostendeckungsgrad an. Wie hoch werden die Nettokosten geschätzt?

Direktorin BUI *Edith Olibet* dankt für die gute Aufnahme dieses berechtigten Anliegens. Bei der Beantwortung durch den Gemeinderat stand klar das Wohl der Kinder im Vordergrund. Es ist sehr wichtig, wo die Kinder ihre Ferien verbringen. Die Zeiten und die Gesellschaft haben sich verändert. In der Antwort wird beschrieben, weshalb der Gemeinderat von 9 Wochen Ferienbetreuung ausgeht. Im Moment findet eine Bedarfserhebung bei den Eltern statt. Wir sprechen von 60 Betreuungsplätzen nicht von 60 Kindern, denn nicht alle Kinder brauchen einen Betreuungsplatz während der ganzen Woche. Es besteht die Absicht, die Infrastruktur der Tagesschulen für eine Ferienbetreuung zu benutzen. Der Gemeinderat teilt die Meinung, dass dieses Angebot vor allem für Alleinerziehende gelten sollte, nicht, denn es gibt auch Eltern, die beide erwerbstätig sind. Es ist sinnvoll, dass diese Eltern gemeinsam mit ihren Kindern Ferien verbringen. Es ist jedoch klar, dass Alleinerziehende vermehrt auf eine Ferienbetreuung angewiesen sind. Es besteht nicht die Absicht, in den Ferien Schulunterricht zu erteilen, sondern die Kinder sollen Ausflüge machen und spielen, jedoch auch die Schulareale benützen können. Schulen sind nicht nur Lernort, sondern auch Lebensort. Nicht alle Leute haben Verwandte oder Nachbarn, die ihre Kinder betreuen können, während sie arbeiten gehen. Im Budget 2002 sind keine Mittel für eine Ferienbetreuung eingestellt, und es muss dem Rat eine Kreditvorlage unterbreitet werden. Ziel des Gemeinderats ist es, im Jahr 2003 zu starten. Gemeinderätin *Olibet* hofft deshalb, dass der Rat die Motion überweist und dann auch dem Kredit zustimmen wird. Ob die Wirtschaft einen Beitrag leisten wird, kann heute nicht gesagt werden. Gemeinderätin *Olibet* wurde jedoch von einem Arbeitgebervertreter gefragt, wann die Tagesschulen weiter ausgebaut würden. Die Wirtschaft ist sich bewusst, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser arbeiten, wenn sie wissen, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind. Es ist klar, dass wir dieses Angebot für die Lastenverteilung anmelden werden. Selbstverständlich werden wir ausgebildete Personen für diese Ferienbetreuung anstellen. Vorgesehen ist jedoch ein Mix, d.h. es wird auch an in Ausbildung stehende Personen gedacht (z.B. angehende Lehrkräfte). Dem Gemeinderat ist es ein zentrales Anliegen, dass die Kinder gut betreut werden. Es wird nicht möglich sein, auf das Bundesangebot zu warten. Wir werden jedoch Sponsoren suchen. Es liegt in der Verantwortung eines Gemeinwesens, wie für alte Menschen auch für Kinder zu sorgen. Bezüglich Kostendeckungsgrad kann Gemeinderätin *Olibet* heute noch keine Aussagen machen. Es wird nicht möglich sein, dass die Eltern die vollen Kosten übernehmen. Unser Ziel ist, möglichst viele Drittmittel zu holen, jedoch die Tarifgestaltung so vorzunehmen, dass nicht ein Teil der Eltern aus Kostengründen auf diese Ferienbetreuung verzichten muss. Der Rat möge der Motion zustimmen.

Beschluss

Die Motion Schneider wird mit 49 : 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

4 Postulat Corinne Mathieu (SP/JUSO): Integration der fremdsprachigen Kinder in die Regelschule zum Erwerb der deutschen Sprache

Antrag Nr. 232

In der Stadt Bern werden fremdsprachige Kinder in die Klassen für Fremdsprachige eingeschult. Diese Klassen sind einseitig auf den Ausgleich des sprachlichen Defizits der fremdsprachigen Kinder ausgerichtet. Bemühungen zur gleichzeitigen sozialen Integration existieren kaum.

Für das Erlernen einer Zweitsprache ist aber der Kontakt zu Vertretern und Vertreterinnen der Zielsprache nicht nur hilfreiche Unterstützung, sondern zwingende Voraussetzung (vgl. "Immigrantenkinder und schulische Selektion", Kronig et al., 2000, S. 82ff.).

In Klassen für Fremdsprachige sind während der gesamten Unterrichtszeit kaum Kontakte zu gleichaltrigen Vertretern der Zielsprache, im Falle der Stadt Bern die deutsche Sprache, möglich. Im Klassenraum spricht nur die Lehrperson die Zielsprache. Fremdsprachige Kinder müssten deshalb in Regelklassen, im Hinblick auf diese Voraussetzung des Zweitsprachenunterrichts, ein günstigeres Lernumfeld finden und so die größeren Lernfortschritte erzielen. Die Vorteile der grösseren Interaktionsmöglichkeiten werden erst wirksam, wenn diese auch wahrgenommen werden. Unabdingbare Voraussetzungen hierfür ist ein Mindestmass an sozialer Integration.

Hearings, die von der Schuldirektion Ende letzten Jahres in Zusammenarbeit mit Regelklassenlehrkräften, Schulleitungen, Lehrkräften an Kleinklassen, an Klassen für Fremdsprachige sowie schulischen Heilpädagogen und Heilpädagoginnen durchgeführt wurden, haben im Bereich der fremdsprachigen Kinder einen dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Die fremdsprachigen Kinder werden nach ihrem Übertritt in eine Klasse der Regelschule nicht speziell betreut bzw. begleitet. Die Zusammenarbeit zwischen den KfF- (Klassen für Fremdsprachige), DfF- (Deutsch für Fremdsprachige) und Regelklassenlehrkräften funktioniert nicht optimal. Des weiteren werden die Kinder meistens ihrem Alter und nicht ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend in die Regelklassen eingeschult. Dies führt dazu, dass Kinder, die in ihrem Heimatland nur die erste Klasse besucht haben, in die 7. Klasse eingeschult werden, nur weil sie das entsprechende Alter haben.

Probleme ergeben sich auch beim Übertritt in die Berufsbildung. Es fehlt an Mentoren und Mentorinnen, welche die Schüler und Schülerinnen ins Berufsleben begleiten. Erwiesenermassen haben Jugendliche, welche die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschen, Schwierigkeiten, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Lehrstelle zu finden.

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept zur Integration der fremdsprachigen Kinder in die Regelschule auszuarbeiten und dafür die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen.

Bei der Ausarbeitung des Konzepts sollen folgende Vorgaben berücksichtigt werden:

- Das Konzept soll ein gesamtstädtisches Konzept sein;
- Begrenzung des Aufenthalts in der Klasse für Fremdsprachige auf maximal ein Schuljahr;
- Kooperation und Kontakt mit den Regelschulen von Beginn der Einschulung der Kinder in die Klassen für Fremdsprachige;
- Schrittweiser Übertritt von der Klasse für Fremdsprachige in die Regelschule mit spezifischer Betreuung;

- Einschulung in die Regelschule unter grösstmöglicher Berücksichtigung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Kinder;
- Team-Teaching von Regelklassenlehrkräften und Lehrkräften für Deutsch-für-Fremdsprachige;
- Einbezug der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung;
- Institutionalisierung der Schullaufbahnbegleitung mit Gewichtung Berufswahl und weiterführende Schulen.

Bern, 3. Mai 2001

Antwort des Gemeinderats

Angesichts der Tatsache, dass Multikulturalität in den Kindergärten und Schulen in der Stadt Bern nicht ein vorübergehender Zustand, sondern Alltag ist, führte die Direktion für Bildung, Umwelt und Integration (BUI) im Jahre 2000 breitangelegte Hearings durch mit den Schulleitungen, den Regelklassenlehrkräften, den Lehrkräften für Deutsch für Fremdsprachige, an Klassen für Fremdsprachige und an Kleinklassen sowie mit schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Ausgehend von den Erfahrungen der Lehrpersonen wurde diskutiert, welche Massnahmen erforderlich wären, um die schulische Integration zu optimieren.

Die Hearingergebnisse – sie bestätigen die Einschätzungen der Postulantin – lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Guter Unterricht in kulturell zusammengesetzten Klassen ist grundsätzlich nicht etwas anderes als in andern Umfeldern. Wichtig ist, dass den Lehrpersonen eine gute Balance zwischen „Fordern“ und „Fördern“ gelingt. Sie sollten über Erfahrung in verschiedenen Lern- und Lehrformen verfügen und diese flexibel und situationsgerecht einsetzen können. Fremdsprachige Kinder und Jugendliche erhalten individuelle Förderung so weit möglich innerhalb der Regelklasse. Die Lehrpersonen sind sensibilisiert für die kulturelle Herkunft und Lebenswelt der fremdsprachigen Kinder und Jugendlichen.

Generell soll der Einbezug der fremdsprachigen Eltern in die Ausbildung ihrer Kinder verbessert werden. Das geschieht einerseits über gezielte Informationsarbeit der Kindergärten und Schulen gegenüber den Eltern, andererseits sollen die Eltern selber beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt werden.

Der Gemeinderat will aufgrund der in den stadtbernischen Schulen gemachten Erfahrungen und im Zusammenhang mit der Umsetzung des Leitbilds zur Integrationspolitik der Stadt Bern konzeptionell die Optimierung der schulischen Massnahmen vornehmen. Er hat seine Zielsetzungen in den Legislaturrichtlinien 2001-2004 verankert.

- In den Kindergärten und Quartierschulen begegnen sich die einheimischen und ausländischen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Kindergärten und Schulen sind damit Orte der Integration und müssen gezielt als solche gefördert werden.
- In erster Linie sind die Sprachkompetenz und der Kontakt zur schweizerischen Kultur herzustellen. Die bestehenden Angebote zum Deutsch Lernen werden optimiert, um im Rahmen der beschränkten Mittel die bestmögliche Wirkung zu erzielen.
- Die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler soll soweit möglich gewährleistet werden. Für Schulen, die infolge eines überdurchschnittlichen Anteils von Ausländerinnen und Ausländern oder von Kindern aus sozial schwachen Bevölkerungsgruppen Mühe haben, den durch den Lehrplan vorgegebenen Stoff zu bewältigen, muss einerseits die benötigte Lektionenzahl nach oben angepasst und andererseits begleitende Unterstützung z.B. durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ermöglicht werden.

Die Erarbeitung eines Konzepts ist seit Herbst 2001 im Gange. Die Anliegen der Postulantin werden im Rahmen dieses Konzepts behandelt.

Das Konzept ist auf Ende März 2002 zu erwarten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Fraktionserklärungen

Peter Bernasconi (SVP) bestreitet das Postulat im Namen der Fraktion SVP/JSVP, weil die Fraktion mit dem Inhalt des Vorstosses nicht einverstanden sei. Wenn die fremdsprachigen Kinder in die Regelschule eingeschult werden, werden die übrigen Schülerinnen und Schüler eher benachteiligt. Es gibt in der Stadt Bern Klassen mit 40% bis 50% fremdsprachigen Kindern aus verschiedenen Ländern. Die Lehrkräfte sollen so viele verschiedene Kinder unterstützen, sie motivieren, ihnen Stoff vermitteln, sie begeistern und am Unterricht teilnehmen lassen. Das hat zur Folge dass Kinder, die schnell lernen, komplett unterfordert sind und aus Langeweile den Unterricht stören. Der Aufenthalt in Klassen für Fremdsprachige soll auf ein Schuljahr begrenzt werden. Wir sind der Meinung, dass die Einteilung nach der Fähigkeit der Schüler/Schülerinnen und nicht nach einer Dauer erfolgen muss. Auch mit der Antwort des Gemeinderats sind wir nicht einverstanden. Wir unterstützen die Integration wo immer möglich. Wenn die fremdsprachigen Kinder mit Deutsch sprechenden Kindern ihre Freizeit verbringen, lernen sie die Sprache relativ rasch und integrieren sich. Wir hoffen, dass der Gemeinderat in seinem Konzept nicht die Aufhebung der Klassen für Fremdsprachige vorsieht.

Markus Blatter unterstützt das Postulat im Namen der FDP-Fraktion. Dieses Postulat renne jedoch offene Türen ein. Seit 1999 laufen verschiedene Abklärungen, im Jahr 2000 wurden Hearings durchgeführt und seit 2001 wird ein Konzept erarbeitet. In der Stadt Bern gibt es 15 Klassen für Fremdsprachige mit mindestens 180 Schülerinnen und Schülern, was Kosten von 2 Mio Franken verursacht. Dazu werden 250 Jahreslektionen in Deutsch für Fremdsprachige angeboten (rund 1 Mio Franken), und 2 Mio Franken werden für den Förderunterricht für fremdsprachige Kinder in Kindergärten aufgewendet. Corinne Mathieu will bei den Integrationsklassen für Fremdsprachige zugunsten einer vermehrten individuellen Förderung bei der Einschulung in Regelklassen ansetzen. Die Abkehr von eigenen Klassen für fremdsprachige zu mehr Integration in Regelklassen ist ein gangbarer Weg. Es braucht jedoch auch in Zukunft Mischformen, die einen Wechsel je nachdem, wie schnell ein Kind die deutsche Sprache erlernen kann, ermöglicht. Klar ist, dass ohne das Erlernen der deutschen Sprache keine Integration möglich ist. Wir möchten an dieser Stelle vor allem die Arbeit der Lehrkräfte in diesen Klassen für Fremdsprachige würdigen. Diese Klassen spielen auch in Bezug auf die soziale Integration eine wichtige Rolle. Im Schulversuch Bern-West erfolgt eine erweiterte Form der Integration, indem die Schülerinnen und Schüler der Klassen für Fremdsprachige in einzelnen Fächern bereits einer Regelklasse zugeteilt sind. Ob das Ziel – Begrenzung des Aufenthalts in der Klasse für Fremdsprachige auf maximal ein Schuljahr – in jedem Fall erreicht werden kann, ist fraglich. Eine Optimierung des Einsatzes der Mittel – didaktisch pädagogisch und finanziell – ist anzustreben. Das Konzept sollte aufzeigen, wie diese 5 Mio Franken verteilt werden sollen.

Für die Fraktion CVP/ARP unterstützt *Daniel Kast* die allgemeine Stossrichtung des Postulats. Der schrittweise Übertritt von der Klasse für Fremdsprachige in die Regelklasse wird in Bern-West bereits praktiziert. Es stimmt nicht, dass Bemühungen zur gleichzeitigen Integration kaum existieren. Wir finden es auch nicht sinnvoll, dass Kinder, die sich in deutscher Sprache nicht verständlich ausdrücken können, eine Regelklasse auch nur für einzelne Stunden besu-

chen. Sie wären in der Regelklasse ein Fremdkörper, was der Integration nicht förderlich ist. Das gesamtstädtische Konzept sollte nicht starr sein, denn es sollen einzelne Menschen gefördert werden, die nicht alle gleich sind. Das Konzept muss flexibel gehandhabt werden, damit im Einzelfall sinnvolle Wege beschritten werden können.

Für die Fraktion GB/JA!/GPB spricht Erik Mozsa (JA!). Wieder einmal wird eine Attacke gegen mehr Gleichheit geritten. Es werden separate Klassen verlangt, ohne zu bedenken, welche Konsequenzen dies für unsere Gesellschaft hat. Es ist eine Tatsache, dass in Bern verschiedene Kulturen miteinander leben. Wir sehen dies nicht als Gefahr, sondern als Chance, einander näher zu kommen und voneinander zu lernen. Fremdsprachige sind gezielt zu fördern und nicht allein zu lassen. Die Schweiz sah immer eine Minderheitenförderung vor. Um ein optimales Zusammenleben von Menschen verschiedenster Herkunft garantieren zu können, darf es nicht zu viel Separierung geben. Eine Integration verhindert die Segregation von Ausländerinnen und Ausländern. Schülerinnen und Schüler ausländischer Abstammung müssen deshalb so schnell wie möglich den gleichen Schulunterricht geniessen wie Schweizerinnen und Schweizer. Schuld am schlechten Abschneiden von Klassen ist der Abbau im Bildungsbereich und nicht die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler. Die SVP warnt immer wieder vor einer Ghettoisierung. Mit ihrem Nein startet sie jedoch ein Eigengoal und ist somit widersprüchlich. Gemäss Artikel 62 der Bundesverfassung soll allen Kindern ein Grundschulunterricht angeboten werden. Dies muss mit Chancengleichheit gewährleistet werden. Fremdsprachige Kinder sollen die gleichen schulischen Möglichkeiten erhalten, um sich entfalten und später einen Beruf nach Wahl ausüben zu können. In einem schockierenden Artikel in der „Weltwoche“ wird vom Ausschluss von Kindern von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gesprochen. Das ist der falsche Weg. Das vorliegende Postulat ist ein kleiner Etappensieg für mehr Chancengleichheit. Wir unterstützen es.

Einzelvotum

Dieter Beyeler (SD) stört sich in erster Linie an der Begrenzung des Aufenthalts in der Klasse für Fremdsprachige auf maximal ein Schuljahr. Ausländische Kinder müssen intensiv sprachlich geschult werden, was nur in separaten Klassen geschehen kann. Erst wenn sie ein bestimmtes Niveau erreicht haben, können sie in Regelklassen integriert werden. Einzig die Unterrichtssprache ist der Schlüssel zum Verstehen des Schulstoffes. Zudem ist der Wissensstand von Kindern aus über 40 Nationen zu unterschiedlich. Wenn eine Integration in eine Regelklasse zu früh erfolgt, besteht die Gefahr, dass das Niveau der Klasse nach unten gedrückt wird, weil sich die Lehrkräfte vermehrt einzelnen Schülern/Schülerinnen annehmen müssen. Das Beherrschen der Unterrichtssprache ist immer noch die wichtigste Voraussetzung für eine schulische Integration und Leistungsfähigkeit. Wenn die schulischen Anforderungen immer mehr den Schwächeren angepasst und die Begabten vernachlässigt werden, sinkt das Niveau auf ein Mittelmass. Ohne Aneignung der hiesigen Sprache ist keine erfolgreiche Integration möglich. Diese Leistung müssen auch die Eltern der ausländischen Kinder erbringen.

Corinne Mathieu (SP) zur Forderung der Begrenzung des Aufenthalts in der Klasse für Fremdsprachige auf maximal ein Schuljahr: Je länger die Kinder in der Klasse für Fremdsprachige unterrichtet werden, je grösser wird die Gefahr, dass sie den Anschluss in die Regelklasse verpassen und in einer Kleinklasse landen. Die Postulantin setzt sich nicht für eine Aufhebung der Klassen für Fremdsprachige und auch nicht dafür ein, dass fremdsprachige Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, direkt in die Regelschule eingeschult werden. Das bedeutete Überforderung für die Lehrkräfte, die Mitschülerinnen und Mitschüler und die Kin-

der selber. Es geht ihr darum, dass die Kinder von der Klasse für Fremdsprachige schrittweise in die Regelschule übertreten können sollen. Die Lösung im Schulversuch Bern-West soll für alle Kinder in der ganzen Stadt angewendet werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Integration Fremdsprachiger umso schwieriger gestaltet, je selektiver ein Schulsystem ist. Im Vergleich mit andern europäischen Schulsystemen hat die Schweiz eines der selektivsten. Obschon viel von Integration und integriertem Schulsystem gesprochen wird, zeigen die Schulstatistiken ein gegenteiliges Bild. Gesamtschweizerisch stellt das BFF eine starke Anzahl Schüler/Schülerinnen fest, die nach einem bestimmten Programm (Sonderklassen, Kleinklassen) unterrichtet werden. Offensichtlich lässt sich diese Zunahme auf die zunehmende Zuweisung von ausländischen Schulkindern in diese Programme zurückführen. Auch im Kanton Bern verteilen sich die fremdsprachigen Kinder sehr ungleich auf die einzelnen Schultypen und Schulangebote. Sie sind im Vergleich mit den muttersprachigen Kindern und Jugendlichen in den Klein- und Realklassen deutlich übervertreten und in den Sekundarklassen klar untervertreten. Eine Freiburger Studie zeigt auch auf, dass die Zuweisungspraxis in die einzelnen Schulstufen je nach Herkunftsland unterschiedlich ist. Die Wahrscheinlichkeit, in Kleinklassen geschult zu werden, ist für Kinder aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien 6-mal höher als für Schweizer Kinder, und zwar nicht, weil diese weniger intelligent sind, sondern aus sprachlichen Gründen und wegen kulturellen Anpassungsschwierigkeiten. In der Studie des Heilpädagogischen Instituts der Universität Freiburg werden als integrierende Schulformen die Regelschulen genannt, als separierende die Kleinklassen und Klassen für Fremdsprachige. Es hat sich auch gezeigt, dass in integrierenden Schulformen bedeutend höhere Leistungsfortschritte erzielt werden als in separierenden Schulformen. Diese Studie zeigt auch, dass eine Beeinträchtigung der Lehrentwicklung normal und überdurchschnittlich begabter Schweizer Kinder durch die Integration fremdsprachiger Kinder nicht belegbar ist. Diese Erkenntnisse bedeuten, dass wir den Weg der Integration verstärkt gehen müssen. Corinne Mathieu dankt dem Gemeinderat für seinen Mut, voll auf die Karte Integration zu setzen.

Direktorin BUI *Edith Olibet* hält fest, Aufgabe der Schule sei es, den Kindern Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz auf ihren spätern Lebensweg mitzugeben. Wird diese Aufgabe optimal erfüllt, können diese Kinder optimal aus der obligatorischen Schulzeit in eine Berufsausbildung oder in eine weiterführende Schule entlassen werden. Tatsache ist, dass ausländische Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit viel schlechtere Chance haben, dass fremdsprachige/mehrsprachige Kinder in den Sekundarschulen viel weniger vertreten sind als in den Realschulen und dass sich die Zahl der Kleinklassen A in der Stadt Bern von 1992 mit 19 Klassen im Jahr 2001 fast verdoppelt hat. Sie beträgt heute 36. Untersuchungsergebnisse zeigen ferner, dass Realschüler/-schülerinnen häufig ebenso gute oder sogar bessere Leistungen erbringen als Sekundarschülerinnen. In einem solchen Bildungssystem, in dem so viele Kinder allein ihrer Mehrsprachigkeit wegen auf der Strecke bleiben und so viele Kinder ihre Chance nicht wahrnehmen können, kann etwas nicht stimmen. Artikel 17 des neuen Volksschulgesetzes spricht von integrativen Schulen: Integrieren von mehrsprachigen Schülerinnen und Schülern, Integrieren von körperlich behinderten Schülerinnen und Schülern, Integrieren von hochbegabten und von weniger begabten Kindern, denn jedes Kind leistet Beiträge in einer Schulklasse. Es gibt auch Kinder, die weder gut rechnen noch gut lesen, jedoch sehr gut vermitteln können, d.h. eine hohe Sozialkompetenz besitzen. Schulen sind Orte der Integration, die etwas Zentrales für den Zusammenhalt der Gesellschaft tun können. – Peter Bernasconi verweist Gemeinderätin Olibet auf die in der Antwort des Gemeinderats erwähnten Ergebnisse der Hearings. Diese Hearings fanden mit Leuten statt, die sich tagtäglich mit mehrsprachigen Kindern befassen. Es wird in unsern Schulen tagtäglich mit Erfolg Exzellenz an Integrationsleistungen erbracht. Wir müssen die Kinder entsprechend ihren Stärken fordern und fördern und versuchen, die Schwächen im Schulsystem auszumerzen. Klassen

für Fremdsprachige wird es auch in Zukunft geben. Wir möchten zusammen mit den Fachleuten herausfinden, ob die Mittel tatsächlich optimal eingesetzt werden. Multikulturelle Schulen sind eine Realität. Wir möchten, dass mehr Kinder eine bessere Chance in unserem Schulsystem erhalten. Aus all diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären.

Beschluss

Das Postulat Mathieu wird mit 55 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*